

Wichtiger Vorentscheid zu strittigem Spitalturm

So soll das neue Klinikum 2 (Blick vom Petersgraben) aussehen. ZVG

Klinikum 2 Die beiden zuständigen Grossratskommissionen befürworten den 60-Meter-Turm des Universitätsspitals



Die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) des Grossen Rats unterstützt den von der Regierung vorgelegten Bebauungsplan für das Areal des Basler Universitätsspitals (USB) ohne Gegenstimme und bei lediglich einer Enthaltung, wie aus ihrem gestern veröffentlichten Bericht hervorgeht. Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSK) ist gar einstimmig dafür. Für das Klinikum 2 ist im Plan gemäss dem Siegerprojekt eines Architekturwettbewerbs ein knapp 60 Meter hoher Turm im Spitalgarten vorgesehen. Das Hochhaus am Rande der historischen Altstadt verändert die Stadtsilhouette vor allem vom Kleinbasel her gesehen und bringe «aus städtebaulicher Sicht in der Fernwirkung eine gewisse Verschlechterung», räumen die Kommissionen ein.

Trotzdem unterstützten sie die geplante Weiterentwicklung und Verdichtung des USB am historisch gewachsenen Standort, halten die zwei Kommissionen in einer Mitteilung fest. Dies vermeide Doppelspurigkeiten, wie sie bei einer Dezentralisierung

entstünden, und wahre mit der Nachbarschaft zur Medizinischen Fakultät die Nähe zur Lehre und Forschung. Ausserdem sei das USB Zentrumsspital der Region; die zentrale Lage garantiere Patienten und Besuchern eine gute Erreichbarkeit. Die Baudenkmäler in der Nähe des USB würden vom Neubau zudem nicht stärker beeinträchtigt als von den bestehenden Spitalbauten.

Laut Kritikern verpasste Chance

Das bestehende Klinikum 2 liegt so nahe am Rande der Altstadt, dass seine wuchtige Fassade die Dächer der historischen Häuserzeile am Rheinufer überragt. Daran stösst sich der Basler Heimatschutz. «Jetzt quetscht man alles zwischen eine Kirche und einen Barockpalast, den Markgräflerhof», sagt Obmann Christof Wamister. Man habe in der Vergangenheit mehrere Chancen verpasst, einen geeigneteren Platz für die medizinischen Einrichtungen zu finden. «Der Neubau wird eine riesige Front bis hin zur Predigerkirche. Dies stört das

«Jetzt quetscht man alles zwischen eine Kirche und einen Barockpalast.»

Christof Wamister
Obmann Heimatschutz Basel

Stadtbild auch aus der Perspektive jenseits des Rheins», sagt er. Er hätte sich deshalb gewünscht, dass an den bisherigen Bauten festgehalten wird und für die notwendigen medizinischen Einrichtungen eine Zusammenarbeit mit dem Spital Bruderholz gesucht würde. In ihrem Bericht von 2012 zum benachbarten Campus Schällemätteli hatte zudem noch die BRK selbst das dort geplante Hochhaus in der «Fernwirkung bestenfalls als erträglich» bezeichnet. Es könne zudem «keinesfalls als Präjudiz für den Bau eines weiteren Hochhauses auf dem Areal des Universitätsspitals verstanden werden».

Eine weitere Gruppe Kritiker hatte sich um LDP-Grossrätin Christine Wirz-von Planta geschart. Jene der Herzog & de Meuron-Freunde. Sie hätten den Entwurf der Basler Stararchitekten dem Siegerprojekt der Zürcher Lorenzo Giuliani und Christian Hönger vorgezogen. Allerdings entsprach das HdM-Projekt in so vielen Punkten nicht den Vorgaben des Unispitals, dass diese Kritik verstummte. (SDA/BZ)

BASLER KOMMENTAR über Indiskretionen von Politikern gegenüber den Medien

Der Bundesrat - er demontiert sich selber!

Die Aufregung war in der Wandelhalle des Nationalrates gross: Per Eilmeldung wurde in einem Medium mitgeteilt, dass der Bundesrat, genauer die Finanzministerin Evelyne Widmer-Schlumpf und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, eine neue Euro-Untergrenze für den Schweizer Franken anstreben würden.

Das war ein Knall. Die umgehende Kritik an den beiden Bundesräten war beissend - denn nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Euro-Untergrenze aufgegeben hatte, war es völlig unrealistisch, jetzt eine neue Untergrenze zu verordnen. Und zudem ist da ja auch noch, völlig zu Recht, die Unabhängigkeit der SNB von der Politik.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann dementierte irritiert. Und tatsächlich war alles nur heisse Luft. Der Journalist bezog sich auf ein Strategiepapier. In diesem wurden einfach alle theoretisch möglichen Szenarien aufgelistet. Dass irgendwann eine neue Untergrenze eine Möglichkeit wäre, liegt auf der Hand. Das alles hat aber nichts mit einer konkreten Absicht zu tun. Also war die ganze Aufregung völlig umsonst und es



DANIEL STOLZ

FDP
NATIONALRAT BASEL-STADT
Daniel Stolz (46) politisiert seit 2012 im Nationalrat. Er ist seit 2006 Präsident der Basler FDP und beruflich als Geschäftsleiter der Aids-Hilfe beider Basel tätig.

den Journalisten dafür zu kritisieren. Tatsächlich dient es der Glaubwürdigkeit des Journalismus nicht, wenn eine solche Meldung einfach ohne Verifizierung weitergegeben wird.

Doch woher hatte denn der Journalist das Papier? Das kommt ja nicht einfach so. Zudem ist es auch nicht zum ersten Mal, dass so etwas passiert. Klar, auch früher gab es solche Lecks. Aber da war es die Ausnahme - heute ist es schon fast die Regel. Es ist auch kein Zufall, sondern es hat System. Gewisse Mitglieder des Bundesrates, vor allem Bundesrat Schneider-Ammann, kommen mehr durch solche Indiskretionen unter Beschuss als andere. Es ist offensichtlich, dass solche Indiskretionen immer mehr zu einem Mittel des politisch-medialen Kampfes geworden sind.

Nicht dass ich mir vorstelle, dass ein Mitglied des Bundesrates selber zum Handy greift und einem Journalisten mitteilt, dass sein Kollege jetzt gerade einen kapitalen politischen Bock geschossen hätte. Ganz sicher nicht.

Aber irgendjemand muss die Informationen weitergeben haben. Die hingeworfene Bemerkung eines Bundesrates, dass es doch ganz gut wäre, wenn man

wüsste, dass ... mag irgendjemanden motivieren, genau dies gekonnt zu platzieren. Jetzt kann man im Namen der Transparenz sagen, dass es ja ganz gut ist, wenn nicht alles in der Dunkelkammer verschwindet.

Auf der anderen Seite ist es unmöglich, eine interne, offene Diskussion im Gremium zu führen, wenn jedes Mitglied umgehend befürchten muss, dass auch jede nur in Erwägung gezogene aber noch unausgereifte Idee in den Medien nicht nur breitgetreten, sondern auch gegen ihn selber verwendet wird. Das wäre dann endgültig der Bankrott des Kollegialitätssystems. Und dieses Kollegialitätssystem krankt schon genug an Dysfunktionen wie zum Beispiel am «Departementismus» - jeder/jede kümmert sich nur um sein Departement und lässt die anderen in Ruhe. Also lieber Bundesrat: Unterbindet diese Indiskretionen. Ihr demontiert euch sonst selber.

KOLUMNISTEN BASLER KOMMENTAR

DANIEL ORDÁS, SP
MARKUS LEHMANN, CVP
JOËL THÜRING, SVP
MIRJAM BALLMER, GRÜNE
DANIEL STOLZ, FDP
CHRISTINE KELLER, SP
ANDRÉ AUDERSET, LDP

IWB-Kunden profitieren

Fernwärme und Erdgas wird deutlich

günstiger

Kein Scherz: Die Industriellen Werke Basel (IWB) senken die Tarife für Erdgas und Fernwärme auf den heutigen 1. April. Damit geben sie die im Vergleich zur Reduktion der Beschaffungskosten beim Gasverbund Mittelland an die Kunden weiter, wie aus Mitteilungen der Basler Regierung und der IWB von gestern hervorgeht. Laut der IWB sinken die Erdgas tarife auf Anfang April um 0,8 Rappen pro Kilowattstunde und die Fernwärmetarife um 0,53 Rappen pro Kilowattstunde. Gemäss Regierung sinken so die Verbrauchskosten beim Gas je nach Tarifgruppe um 3 bis 11 Prozent und bei der Fernwärme um 6 Prozent.

Um die Öko-Qualität des Erdgases zu erhöhen, soll zudem ab 1. Mai dem Gas einen Anteil von 3 Prozent Biogas beigemischt werden. Die IWB-Kunden können indes wählen, ob sie diesen noch erhöhen oder ganz darauf verzichten wollen; ohne Biogas ist Erdgas dann um weitere 0,3 Rappen billiger. Die Regierung hat die Tarifanpassungen gestern genehmigt. (SDA)

NACHRICHTEN

VOLKSABSTIMMUNG Unterflur-Container am 14. Juni an der Urne

Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt entscheiden am 14. Juni über die Einführung von Unterflur-Müllcontainern: Die Regierung hat den Termin festgelegt, wie sie gestern mitteilte. Der Grosse Rat hatte zur Einführung von Unterflur-Containern im vergangenen Jahr einen Kredit von 13,3 Millionen Franken bewilligt. Dagegen reichte ein überparteiliches bürgerliches Komitee das Referendum ein. (SDA)

FINANZVERMÖGEN Immobilienportfolio steigt um 62,7 Millionen

Immobilien im Finanzvermögen des Kantons Basel-Stadt hat Ende 2014 insgesamt 1,75 Milliarden Franken erreicht. Das sind 62,7 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Aufwertung sei vorab auf neue Bauverträge, Neuzugänge und Investitionen in den Bestand zurückzuführen, teilte die Regierung gestern mit. (SDA)

Psychiatrische Kliniken

Anne Lévy wird neue Direktorin

Der vakante Direktorenposten bei den Psychiatrischen Kliniken Basel-Stadt (UPK) ist wieder besetzt: Der Verwaltungsrat wählte Anne Lévy als neue CEO, wie die UPK gestern mitteilten. Die 43-Jährige bekleidet derzeit noch eine Kaderstelle im Gesundheitsdepartement Basel-Stadt. (SDA)

